

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Die Feiern des 1. Mai

sind in der ganzen Schweiz durchaus in dem üblichen Rahmen verlaufen, wobei inmitten der starken Beteiligung der Arbeiterschaft im gesamten überall der hohe Prozentsatz des Personals der öffentlichen Dienste in die Augen sprang, der immer mehr, in seltsamer Weise, diesen Feiern das Gepräge gibt. Das ist nicht nur in besonderem Maße aufschlußreich für die Gliederung, die der Sozialismus in verstärktem Grade aufzuweisen beginnt; die Tatsache ist darüber hinaus kennzeichnend für die Entwicklung unseres politischen Lebens überhaupt, das in immer mehr ausgedehnter Beziehung durch die Haltung der Beamtenschaft der öffentlichen Dienste des Bundes, der Kantone und der Gemeinden beeinflußt wird, wie einige Abstimmungen der jüngsten Zeit dargetan haben. Nun zeigte aber die Maifeier in der Stadt Zürich ein besonderes Bild, das dem Beobachter nach mancher Richtung aufschlußreich erscheinen konnte; es wurden hier nämlich verschiedene Wagen mitgeführt, durch welche die Emanzipation der Arbeiterschaft in den letzten hundert Jahren zur plastischen Darstellung gebracht werden sollte. Äußerungen von sozialdemokratischer Seite zufolge waren diese Wagen mit ihren Aufschriften gleichsam als Antwort oder Gegenkundgebung zu dem imposanten historischen Festzug gedacht, welcher acht Tage vorher das Gesicht der Stadt bestimmt und die begeisterte Beteiligung des ganzen Volkes, mit Einschluß der Arbeiterschaft, erweckt hatte. Nun ist es ganz gewiß, daß niemand gegen das Zurschaustellen solcher Bilder etwas einzuwenden hat, die sich mit der Emanzipation der Arbeiterschaft befassen; denn ihre Errungenschaften, wie sie sich heute darstellen, bilden ja gerade einen Teil des sozialen Gefüges unseres Landes und sie entsprechen auch den sozialen Überzeugungen unseres Bürgertums; die heutige Position des Arbeiters ist aus der Struktur unseres Landes nicht mehr wegzudenken. Allein gerade diese Überzeugung, wie sie das Bürgertum in allen seinen Schichten beherrscht, sollte als selbstverständliches Korrelat dann eben auch den entschlossenen Willen dieses Bürgertums mit sich tragen, die eigene Position zu bewahren und sich aller Einbrüche zu erwehren, durch welche das Gleichgewicht gestört, ja dem Bürgertum eine Entwicklung in sozialistischem Sinne aufgedrängt wird.

Dies aber ist zweifellos der Fall im Bereiche des

Zürcher Steuergesetzes,

welches am 8. Juli, am Tage der eidgenössischen Abstimmung über die Besteuerung der öffentlichen Unternehmungen, dem Volke vorgelegt wird. In den Bestimmungen dieses Gesetzes wird nämlich die Steuerlast in einer Weise einseitig verlagert, die sich mit den Zielen der sozialistischen Steuerpolitik in geradezu vollkommener

Weise deckt; nicht umsonst war in dem Zürcher Maiumzug ein Spruchband zu lesen, welches die «freudige Zustimmung» zu diesem Gesetz erklärte, und nicht umsonst auch schrieb das «Volksrecht», die Sozialdemokraten hätten allen Anlaß, «lachenden Auges Ja zu sagen». Das vorliegende Steuergesetz ist denn auch in seinem Inhalt weitgehend dem sozialistischen Initiativbegehren nachgezeichnet, welches die Revision tatsächlich bestimmte; in manchen Punkten gehen die Bestimmungen dieser Revision sogar über die Forderungen der Initiative noch hinaus. Es ist unbestreitbar, daß sich hier das Bürgertum, vertreten durch die überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Kantonsräte, mit vollem Erfolg für die sozialistischen Urheber hat unter Druck setzen lassen. Die Freisinnigen allein verweigerten die Zustimmung. Die Einzelheiten des Gesetzes lassen den bürgerlichen Umfall deutlich erkennen: das Gesetz sieht eine massive Entlastung der unteren Einkommensstufen einerseits und die vermehrte Besteuerung der oberen Stufen durch eine abermalige Verschärfung der Progression vor. So wird beispielsweise nach dem neuen Gesetz ein Verheirateter ohne Kinder mit einem Reineinkommen von Fr. 6200.— noch Fr. 264.— Staatssteuer bezahlen gegen Fr. 354.— heute. Bei einem Reineinkommen von Fr. 9200.— reduziert sich das Betreffnis von Fr. 714.— auf Fr. 612.—. Auf der andern Seite wird aber die maximale Steuerbelastung, die in der Revision von 1917 auf 6 % angesetzt und erst im Jahre 1943 auf 7,5 % erhöht worden war, auf 8,5 % festgesetzt. Auch wird die totale Belastung des Vermögens von 70 auf über 80 % des Vermögensertrages erhöht. Man kann sagen, daß durch diese Revision das sozialistische Postulat, wonach die Hauptlast des staatlichen Aufwandes von einem kleinen Kreis von Steuerpflichtigen getragen werden soll, in vollem Maße erfüllt wird. Es ist klar, daß durch diese einseitige Verlagerung der Steuerlast auf einen kleinen Teil der Bevölkerung und zufolge der weitgehenden Steuerentlastung oder gar Befreiung weiter Bevölkerungskreise die Krisenempfindlichkeit der Steuereinnahmen in bedeutsamem Maße wächst, so heißt es in der freisinnigen Fraktionserklärung. Die Erklärung stellt ferner fest, daß die Neuordnung in keiner Weise Rücksicht nimmt auf die bereits bestehende und in Aussicht stehende Steuerbelastung durch eidgenössische Steuern, und sie fährt fort:

«Werden durch die Verbindung von Tarif und Abzügen gerade die Bevölkerungsschichten vollständig oder teilweise steuerfrei, bei denen die Teuerung heute ausgeglichen ist und die auch von der Wehrsteuer durch ihre Neugestaltung befreit sind, so unterliegen anderseits die Bevölkerungskreise, die vom Bund bereits stark progressiv besteuert werden, einer wesentlich verschärften Progression nach der Vorlage. Dies führt zu einer *Steuerlast mit praktisch konfiskatorischem Charakter*, welche die Kapitalbildung verunmöglicht, die Initiative des Unternehmertums lähmt und die Entwicklung selbständiger Existenzen und damit den Aufstieg der Jungen schwer beeinträchtigt».

Es wird als Folge dieser Revision mit Bestimmtheit eine *Erhöhung des Steuerfußes in den ländlichen Gemeinden* eintreten, welche nur vereinzelt große Steuerzahler aufweisen, und damit würde die Entlastung der unteren Einkommensstufen weitgehend kompensiert. So soll in einzelnen bäuerlichen Gemeinden die Erhöhung des Steuerfußes bis zu 92 % betragen. Diese Voraussicht hat denn auch die Bauernfraktion des Kantonsrates zu der Erklärung bewogen,

«daß ohne einen weiteren Ausbau des Finanzausgleiches zu Gunsten finanzschwacher Gemeinden die neue Gestaltung des Tarifes mit der starken Ent-

lastung der unteren Einkommensstufen für viele Gemeinden bedenkliche Rückwirkungen haben müßte».

Trotz diesen Bedenken und trotz dem in der Fraktion der «Unabhängigen» zum Ausdruck gekommenen Gedanken, daß es gut gewesen wäre, «den Mittelstand etwas mehr zu entlasten», ist die Vorlage im Zürcher Kantonsrat mit 136 gegen 20 Stimmen angenommen worden, wobei allein die Freisinnigen geschlossen dagegen stimmten. So segelt denn auch diese Gesetzesvorlage, wie so mancher eidgenössische Entwurf, unter der Flagge eines «Verständigungswerks». Man muß sagen, daß der Charakter solcher Art «Verständigung» nachgerade weitgehend bekannt ist; noch sind seine Auswirkungen im Bereiche des eidgenössischen Besoldungsgesetzes in deutlicher Erinnerung. Im vorliegenden Falle des Zürcher Steuergesetzes ist jedenfalls das Bild dieser Verständigung eindeutig: mit leisem Widerspruch zwar, aber ohne ernstlichen Widerstand, haben sich die bürgerlichen Fraktionen des Zürcher Kantonsrates, mit Ausnahme der Freisinnigen, einen weiteren Einbruch der Sozialdemokratie in das strukturelle Gefüge des Staates gefallen lassen, durch welchen die Stellung des Mittelstandes erneut unterhöhlt und den sozialistischen Nivellierungstendenzen in gefährlicher Weise Vorschub geleistet wird. Es ist zu hoffen, daß die Antwort des bürgerlichen Stimmbürgers am 8. Juli diese verhängnisvolle Nachgiebigkeit seiner Vertreter in denkbar eindeutiger Weise berichtigt.

Ein politisches Problem erster Ordnung, das auf dem Boden der Eidgenossenschaft spielt und seinerseits durch die — wenn auch schrittweise, so doch unverkennbare — Aufwärtsbewegung im Index der Lebenshaltungskosten gekennzeichnet ist, betrifft

die Frage der Preise und der Löhne.

Nun ist es zwar um die Wiedereinführung der Preiskontrolle merklich still geworden; eine letzte Kundgebung aus diesem Sektor war ein scharf ablehnender Beschluß des Genfer Großen Rates. Dafür wurde nun von Seiten der Gewerkschaften das Lohnproblem seinerseits deutlich aktualisiert; und wenn man eine bezügliche Wendung in einer jüngsten Rede von bundesrätlicher Seite in Betracht zieht, dann würde sich diese Bewegung auf den Herbst dieses Jahres zu konkreten Forderungen verdichten. Allein es ist kaum anzunehmen, daß durch eine Lohnerhöhung, die sich naturgemäß von einer Sparte sofort in die Breite entwickeln würde, eine Lösung des Problems erwartet werden könnte. Im Gegenteil richtet sich das gesamte volkswirtschaftliche, soziale und damit politische Interesse auf eine mögliche Stabilhaltung von Löhnen und Preisen. In diesem Sinne ist jüngst auch wieder der *Gott-hard-Bund* hervorgetreten, und die Überlegungen, welche er dabei angestellt bzw. zitiert hat, scheinen aller Beachtung wert. Seine Warnung vor einem neuerlichen Ingangsetzen der Lohn-Preis-Spirale verdient schon aus Gründen unserer Exportfähigkeit Zustimmung, und sein Vorschlag, rechtzeitig gegen eine inflatorische Entwicklung anzugehen, ist in hohem Maße bedenkenswert. So hat jüngst auch *Professor Max Weber* vom Standpunkt der genossenschaftlichen Interessen einer *Verständigung unter den Spitzenverbänden* das Wort geredet:

«Wenn die Branchenverbände selber für eine gerechte Regelung sorgen, so kann dies wirksamer sein als eine staatliche Preiskontrolle».

Von besonderer Bedeutung waren aber vor allem die Überlegungen, welche der Präsident des Schweizerischen Bankvereins, *Dr. R. Speich*, zu diesem Thema äußerte, indem er sagte,

zwar könne sich die Schweiz als rohstoffarmes und deshalb auf auswärtige Zufuhren angewiesenes Land den Wirkungen der Preissteigerungen auf den Weltmärkten nicht entziehen; in die eigentliche Gefahrenzone gerieten wir aber erst, wenn die Preis-Lohn-Spirale wieder in Bewegung gerate... Bei allseitig gutem Willen lasse sich das Ziel ohne behördlichen Zwang auf der Basis einer freiwilligen Verständigung zwischen den Wirtschaftsgruppen erreichen.

Dr. Speich spricht sich in der Folge in eindeutiger Weise für eine Stabilisierung aus, und der Aufruf des Gotthard-Bundes folgt ihm darin:

«die Zukunft hängt ab von unserem Handeln in der Gegenwart. Nachdem rechts wie links die Stimmen sich mehren, die nach einem *neuen Stabilisierungsabkommen* rufen, sollte die Initiative hiezu keinen Tag mehr aufgeschoben werden. Ein Konferenztisch wartet».

Wir denken, diese Überlegung ist aller Beachtung wert.

Daß es nachgerade an der Zeit ist, der in vollen Strömen laufenden

Gesetzesinflation einen Damm

zu setzen, hat der Bundesrat kürzlich in einem Kreisschreiben kundgemacht. Zwar dürfte es nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft sein, ob dieser Empfehlung eine große Auswirkung beschieden ist; immerhin scheint der neue Chef des Post- und Eisenbahndepartements die damit vorgezeichnete Spur verfolgen zu wollen. So warnte er ausdrücklich vor den Vorstößen, welche auf den *Erlaß eines Radiogesetzes* abzielen, indem er seine Verwirklichung zunächst als «ein heikles Unterfangen», später kurzerhand als «nicht möglich» bezeichnete. Zur Begründung dieser ablehnenden Stellungnahme führte der bundesrätliche Sprecher ziemlich unverhohlen die Stimmung im Volke an, welche der Vorlage neuer Gesetze, die unweigerlich zusätzliche Reglementierung mit sich bringen, durchaus abgeneigt sei. Gewiß mögen in vielen Teilen unseres Radiobetriebes Unklarheiten und vor allem Schwierigkeiten personeller Natur bestehen; ob aber diese Unzuträglichkeiten durch den Erlaß eines Gesetzes beseitigt würden, ist noch lange nicht ausgemacht. Die vielfältigen Nebeneinanderläufe und Überschneidungen in unserem Radio sind zu einem großen Teil strukturbedingt; sie erklären sich teils aus dem föderalistischen Aufbau des Landes, teils aus regionalen und konfessionellen Gegensätzen. Diese Hauptgründe aber lassen sich durch ein Gesetz nicht beseitigen. Mag sein, daß sich zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die ersten Erfahrungen auf dem Gebiete des Fernsehens gemacht sind, eine gesetzliche Regelung aufdrängt; dann möchte man aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß gerade das *Problem des Fernsehens* in unserem Lande in großzügiger Weise an die Hand genommen werde, und fern von jener kleinlichen, ja ängstlichen Einstellung, wie sie hier und dort bereits zum Ausdruck gekommen ist. Denn genau so wenig wie vor allen andern zivilisatorischen und technischen Entwicklungen läßt sich unser Land in diesem Falle abschließen, — und das ist gut so.

In einer anderen Frage freilich hat der neue Chef des Post- und Eisenbahndepartementes nicht unbedingt ins Schwarze getroffen. Zwar war es ihm gelungen,

die Erhöhung der Posttarife im Nationalrat ohne große Schwierigkeiten durchzubringen, aber die ständerätliche Kommission hat den weiteren Lauf dieser Maßnahme vorerst verhindert, indem sie die Beratung bis nach der Junisession verschob. Andererseits kündigte aber der bundesrätliche Sprecher in einer Rede in Brig eine

Tarifierhöhung für die Bundesbahnen

an; allein beide Maßnahmen scheinen im Zeitpunkt einer notwendigen Stabilhaltung einigermmaßen umstritten, und die «*Nationalzeitung*» schreibt dazu:

«Jedermann hat die Pflicht, die Preise so tief wie möglich zu halten, hat es im berühmten Appell des Bundesrates geheißen, der allerdings im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement verfaßt worden ist. Aber das alte Spiel wiederholt sich: der Bundesrat nimmt sich selbst in solchen Dingen nicht ernst».

Die «*Gazette de Lausanne*» aber meint, indem sie die Billigung der neuen Posttarife durch den Nationalrat kritisiert, zu dem bundesrätlichen Postulat auf Erhöhung der Eisenbahntarife:

«Bundesrat Escher ist noch keineswegs am Ende seiner Lehrzeit als Bundesrat. Sehr bald wird er die Gelegenheit haben, zu erkennen, daß es viel leichter ist, die Parlamentarier mit dem Stecklein zu führen, als die öffentliche Meinung zu überzeugen. Für ihn wie für so viele andere wird *eine Niederlage vor dem Volk* den Beginn der Weisheit darstellen».

* * *

In Westdeutschland

fanden in jüngster Zeit verschiedentlich Wahlen statt. Zwar handelte es sich dabei keineswegs um die von dem sozialdemokratischen Führer, Dr. Schumacher, unablässig geforderten Wahlen zum Bundestag, bei welchen bekanntlich über das Problem der Wiederaufrüstung entschieden werden soll. Vielmehr waren es zwei Landtagswahlen, welche das allgemeine Interesse auch außerhalb Deutschlands auf sich zogen und deren Ergebnissen man vor allem in England nicht ohne Besorgnis entgegensah, — entsprechend der durchaus skeptischen Einstellung der Engländer gegenüber dem deutschen Friedenswillen, die zu einem großen Teil als eine Erbschaft Bevins zu betrachten ist. Keine wesentliche Verschiebung der politischen Machtlage brachten die Landtagswahlen in der französisch besetzten Region Rheinland-Pfalz: kleine Abnahme der Christlich-Demokraten, kleine Zunahme der Sozial-Demokraten, erfreulich große Zunahme der Freien Demokraten (Liberale), Totalverlust der Kommunisten. Bemerkenswerter war das Ergebnis in dem britisch besetzten Lande Niedersachsen. Erwiesen sich einerseits die Verschiebungen unter den großen Parteien auch dort nicht als bedeutsam, so ergab sich anderseits der Umstand, daß die «*Sozialistische Reichspartei*» 16 Mandate = 11 % der Sitze errang. An sich erschiene nun dieses Ergebnis nicht erschütternd; allein die Zahl gewinnt an Bedeutung aus der Überlegung, daß diese Partei hier zum ersten Mal auftrat und sich in ihrer Propaganda auf bestimmte Bezirke des flachen Landes beschränkte, die Städte also noch unbearbeitet ließ. Im übrigen mußte der Erfolg dieser SRP deshalb weitherum Aufsehen erregen, weil es sich unbestritten um eine *Partei mit nationalsozialistischer Gedankenführung* handelt, als deren Leiter der be-

kannte *General Remer* zeichnet, der am 20. Juli 1944 als Major den Umsturzversuch in Berlin niederschlug. «*In Stalingrad haben wir Europa verteidigt*», so erklärte Herr Remer in der Wahlkampagne, und über eine Wahlversammlung der SRP berichtet das «*Berner Tagblatt*»:

«Die SRP-Leitung besteht aus alten Nazis und sie appelliert an die alten Nazis. In den Versammlungen wird das Deutschlandlied gesungen, Blechmusiken schmettern stramme Märsche. Weinende Frauen drücken Remer die Hand, alte Nazifunktionäre schlagen die Hacken. Herr General hin, Herr General her. Hier ein Ausschnitt einer der Reden Remers, die sich gleichen wie ein Ei dem andern: ‚Wir sind das letzte Aufgebot, das Reich zu retten. Hier in Niedersachsen lebt noch ein feuriges Blut. *Von hier aus werden wir die Lawine ins Rollen bringen.* Wir werden das Gute vom Nationalsozialismus übernehmen und das 100prozentig. Wir sind bereit, bis zum letzten Atemzug für diese Ziele zu kämpfen. Wir sind bereit, uns einsperren und auch aufhängen zu lassen, damit wir wieder ein Deutsches Reich bekommen, das treu und anständig zusammensteht, wie wir es, Gott sei dank, bis 1945 erlebt haben. Wir versprechen nichts, nur eines: daß wir bis zum Tode gewillt sind, Haltung und Charakter zu wahren. *Wir Niedersachsen sind die Preußen des 20. Jahrhunderts.* Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Ich bin nichts, mein Volk ist alles’».

Der zurückgetretene britische Arbeitsminister *Aneurin Bevan* veröffentlichte vor kurzem in verschiedenen Zeitungen einen Aufsatz, in dem er

das Jahr 1951 als entscheidend

bezeichnete. Seine Überlegung geht dahin, daß die Gefahr einer militärischen Überumpelung durch die Sowjetunion nur dann bestehe, wenn sie noch dieses Jahr erfolge. Sei dieses Jahr einmal vorüber, so werde die enorme Produktionskapazität der westlichen Welt, selbst wenn sie nur in maßvollem Tempo für die Wiederaufrüstung mobilisiert sei, genügend groß sein, um die militärische Ausrüstung der Sowjetunion mehr und mehr hinter jeder Vergleichsmöglichkeit zurückzulassen. Bevan schreibt:

«Ich bin nicht überzeugt, und man konnte mich nie überzeugen, daß die Sowjetunion mit einer Stahlproduktion von weniger als 30 Millionen Tonnen pro Jahr mit allem, was diese zahlenmäßige Angabe an technischem Potential bedeutet, wirklich davon träumen könnte, einen erfolgreichen Krieg zu führen gegen eine Stahlproduktion, die sich etwa auf der Höhe von 140 bis 150 Millionen Tonnen jährlich bewegt».

Der zurückgetretene Minister warnt in diesem Zusammenhang erneut davor, die Aufrüstung der westeuropäischen Länder soweit zu forcieren, daß dadurch das wirtschaftliche Gleichgewicht gestört, die wirtschaftliche Erholung gefährdet werde. Es ist bemerkenswert, daß *General Eisenhower* irgendwie derselben Linie zu folgen scheint, — erklärte er doch kürzlich laut «Bund»:

«Das Problem der Verteidigung liegt in der Frage, wie weit man gehen kann, ohne das von innen heraus zu zerstören, was man nach außen verteidigen will».

Wie unser Pariser Korrespondent hier anschließend berichtet, scheint sich Staatssekretär Acheson vertraulich über die Politik der Vereinigten Staaten dahin ausgesprochen zu haben, es handle sich darum, Zeit zu gewinnen, bis die Wiederaufrüstung auf jenen Stand gebracht sei, wo die Möglichkeit bestehe, gegenüber der Sowjetunion «das Problem der Satelliten» aufzuwerfen. Es ist dies auch durchaus der Eindruck, den man aus den Einvernahmen vor den Senatskommissionen in Washington gewinnen konnte, — derselbe Eindruck, der die Kontroverse um MacArthur überschattete. Die Andeutung Bevans über das Jahr 1951 geht damit gleichsam parallel. Dann aber kristallisiert sich die entscheidende Frage: *Wird die Sowjetunion den Zeitpunkt abwarten, in dem die Vereinigten Staaten in der Lage sind, Bedingungen zu diktieren? Wird sie vorher einlenken, oder was wird sie sonst tun?*

Für die Stimmung in den Vereinigten Staaten, die in der Debatte um Korea herrscht, mag bezeichnend sein, daß der republikanische Senator Dewey Short nach dem Anhören der Kongreßrede General MacArthurs erklärte:

«Heute haben wir Gott reden hören»,

und dies keineswegs ironisch meinte, und Expräsident Herbert Hoover sich dazu verstieg, MacArthur mit dem Apostel Paulus zu vergleichen. Andererseits veröffentlicht ein Korrespondent des Pariser *«Figaro»* einen Bericht, der uns seines menschlichen Zuges willen beeindruckt und in dem es heißt:

«Der Korporal John Moulette hat vor seiner Abreise an die Front in Korea seinem Vater von den Zweifeln berichtet, die ihn wegen der Politik der Regierung befallen haben. Der Vater, Adjunkt des Bürgermeisters von Camden (New Jersey), hat, in Verwirrung über die Fragen seines Sohnes und sehr in Angst wegen des Briefes, direkt an Staatssekretär Acheson geschrieben und ihn um Rat gebeten über die Möglichkeit einer Antwort.

Korporal Moulette schrieb: ‚Die Moral der Kämpfer ist nicht gut, die Verschwendung, die Trumans Verwaltung treibt, ist ein Skandal. Die Verschwendung, die in Korea mit Leben getrieben wird, ist eine Schande für die Menschheit. Was haben wir für ein Recht, dem kommunistischen China den Beitritt zur UNO zu verweigern?‘...

In der Antwort Achesons heißt es: ‚Ich habe über den Brief Ihres Sohnes lange nachgedacht. Bevor mein Sohn vor zehn Jahren nach dem pazifischen Kriegsschauplatz fuhr, hat er mit mir über ähnliche Probleme diskutiert. Unsere Söhne wurden in einer Tradition der Anständigkeit, der Wahrheit und der Toleranz erzogen. Heute stehen sie der Ungewißheit, der Isoliertheit, der Gefahr gegenüber. Das ist die große Enttäuschung für alle. *Weil das Schlechte, das hinter den Mauern des Kreml residiert, so stark ist, sind wir heute alle zu ‚ewiger Wachsamkeit‘ verdammt.*... Ich hoffe, Ihr Sohn werde es erleben, daß unsere Opfer in Korea der Welt gestatten, durch eine Periode der Spannung hindurch zu kommen, ohne in einer Katastrophe zusammen zu stürzen... Ich möchte Ihrem Sohn keineswegs zumuten, zu glauben, die Regierung oder ich selbst hätten in diesem oder jenem Punkt unbedingt recht. *Umgekehrt aber muß er etwas von der Richtigkeit und Gültigkeit des Ideals verspüren, welches unsere Handlungen bestimmt.*‘.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Paris

Monatelanges Handeln und Feilschen hat nun zu einer

Wahlreform

geführt, die aber, gelinde ausgedrückt, nicht das ist, was sich die überwältigende Mehrheit des französischen Volkes wünscht. Man ist vor allem darauf bedacht gewesen, durch einen seltsamen Wahlmechanismus gewisse vom Verlust ihres Mandats bedrohte Kategorien von Abgeordneten zu retten, statt — was doch wohl die Hauptsache wäre — dem Wähler die Möglichkeit zu geben, sein Wahlrecht so, wie er es möchte, auszuüben. Die Erörterungen über den Wahlmodus haben die immer größer werdende Schwäche der Exekutive gegenüber der Tyrannei der Parteien sichtbar werden lassen, und es gehört schon viel Optimismus dazu, zu glauben, das Ansehen der parlamentarischen Regierungsform würde künftig nicht darunter leiden. Durch ihren willkürlichen Herrschaftsanspruch zeigen die Parteien — ohne sich darüber Rechenschaft zu geben — ihre Neigung zu dem totalitären System, nach welchem in jenen Ländern gearbeitet wird, in denen die herrschende Regierungsform aufgehört hat, die Meinung der Allgemeinheit, das Fühlen der ganzen Nation wiederzugeben.

Dieser Ostrazismus der französischen politischen Parteien muß weitgehend für das

Marschall Pétain

auferlegte Schicksal verantwortlich gemacht werden. Seitdem das Leben des Marschalls sich seinem Ende zu nähern scheint, zeigt sich die öffentliche Meinung, und besonders die Presse, über dieses Schicksal sehr erregt. Nur das Radio schweigt sich aus. Furcht hält scheinbar die hohen politischen Stellen (unter denen es immerhin nicht an Leuten fehlt, die ein Herz haben) davon ab, gerechte und menschliche Maßnahmen zu Gunsten des Gefangenen auf der Insel Yeu zu ergreifen. Sehr vielen Franzosen fällt es schwer, dafür Verständnis aufzubringen, daß die Regierung das ehemalige Staatsoberhaupt, den Sieger von Verdun, bis zu dessen letztem Atemzug in einer Gefangenschaft hält, die seiner so unwürdig ist, daß sich das Gewissen aller Rechtlichdenkenden dagegen auflehnt.

Die Verstaatlichung der Betriebe der Anglo-Iranian Oil Company

hat ein Problem von Weltbedeutung ins Leben gerufen. Als erstes hat dieses Ereignis das Aufflammen einer Fremdenfeindlichkeit bewirkt, die sich gegen alle Länder richtet, die im Mittleren Osten Interessen besitzen; — gegen alle mit Ausnahme Rußlands. Im ganzen Orient befolgt die Sowjetunion die Regel, gleichzeitig für den Kommunismus zu werben und den Chauvinismus zu ermutigen. Auch in Iran ging sie so vor, mit dem Erfolg, dort das Vertrauen der extrem-nationalistischen Kreise zu gewinnen. Um diesem russischen Einfluß entgegenzuarbeiten, strengt sich England an — wenigstens seine Agenten in den muselmanischen Ländern tun es — Beziehungen mit der arabischen Liga anzuknüpfen, — auch dann, wenn es auf Kosten Frankreichs geschieht. Sogar die gefälschten Depeschen über Marokko wurden zu diesem Zweck benutzt, auf die Gefahr hin, im Schoß des Atlantikpakts Kränkungen und Mißverständnisse hervorzurufen. Der ehemalige französische Botschafter Robert de Billy hat das in einem an «Le Monde» gerichteten Brief deutlich zu verstehen gegeben. Er sagt da, die Engländer hätten sehr geschickt «die anti-englischen Leidenschaften der arabischen Welt auf Frankreich abgelenkt». Die in

Nordafrika zu Beginn des Frühlings ausgebrochenen Unruhen fallen ja auch wirklich in sehr merkwürdiger Weise zeitlich mit der britischen Aktivität in den lybischen Gebieten zusammen, wo sich nun eine neue Pokerpartie abspielen wird. Die mit Interesse gepaarte Nachsicht gegenüber den Agitatoren der arabischen Welt ist eine seltsame Eigenart der englischen Politik. Die

Erinnerung an Oberst Lawrence

spukt noch immer in den Köpfen der britischen Agenten und beeinflusst ihre Pläne, so daß auch die Mißerfolge des «Intelligence Service» bei der Eingeborenen-Politik sie nicht davon abhalten, sich des Panarabismus zur Verteidigung höchst konkreter nationaler Interessen zu bedienen. Frankreich ist bereits in der Vergangenheit in den arabischen Ländern mit dieser Politik seines Verbündeten zusammengeprallt. Es sieht deshalb jetzt nicht ohne Beunruhigung, daß eine seinen eigenen Interessen so entgegengesetzte englische Politik wieder auftaucht. Muß man bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß Frankreich kürzlich durch die am 3. April 1950 von den Regierungen von London, Rom und Moskau in Lake Success getroffenen Vereinbarung aus dem Fezzan vertrieben worden ist? Die politische Kommission der Uno hat trotz des Widerstandes des französischen Vertreters die Unabhängigkeit Lybiens erklärt und beschlossen, ihm unter dem Deckmantel eines Staatenbundes Tripolitaniens, die Cyrenaika und den Fezzan anzugliedern. Dieser Beschluß ist hinsichtlich des Fezzans nichts anderes als eine reine, unverhüllte Enteignung, denn Frankreich hatte sich durch die Gunst des Krieges ein Recht auf dieses Gebiet erworben. Ihm schien es nur normal, daß im Hinblick auf seinen Beitrag zum afrikanischen Krieg und die Odysee der Division Leclerc durch dieses Gebiet seine Anwesenheit in Fezzan durch eine gemeinsame Entscheidung der alliierten Regierungen anerkannt würde. Die Tatsachen haben diesem Optimismus nicht Recht gegeben. Im Gegenteil: sie haben das unveränderte Weiterbestehen der Absichten Englands bestätigt, das durch Mittelspersonen ungeheure zur Ausbeutung geeignete Gebiete gerade an der Grenze Fezzans und Tunesiens erworben hat. Mit dem jungen lybischen Staat, welcher der Obhut des ganz von der Gnade Englands abhängigen Emirs der Senussi unterstellt ist, hat es zu keinem anderen Zweck einen militärischen Beistandspakt abgeschlossen, als um die Zulassung von Unternehmungen zur Ausbeutung vielleicht dort befindlicher Erdölvorkommen zu sichern, an denen Amerika interessiert ist. England fängt in Nordafrika das gleiche Manöver wieder an, das es gleich nach dem ersten Weltkrieg mit der Achemiten-Dynastie durchgeführt hatte. Nur sind dieses Mal die Verhältnisse viel problematischer.

Die Konferenz von Malta

vom letzten März — zu seinem Erstaunen wurde Frankreich zu ihr nicht eingeladen — sollte das Fundament einer Organisation für die Sicherung des östlichen Mittelmeers legen. Bekanntlich hat Frankreich bei dieser Gelegenheit den Regierungen von London und Washington eine Protestnote überreicht. Auf diese Note spielte Plevén kürzlich an, als er von der Tribüne des Palais Bourbon aus erklärte, daß «Frankreich sich im Mittelmeer nicht durch eine ohne seine Mitwirkung geschaffene Organisation gebunden fühle». Es ist klar, daß keine Regierung gewillt wäre, ohne ihr Wissen ergriffene strategische Initiativen anzuerkennen. Und außerdem: sollte man es einfach hinnehmen, daß dann, wenn es sich darum handelt, die Verteidigung des Mittelmeers vorzubereiten, die französische Flotte von dieser Operation ferngehalten wird? Das heißt doch, die Rolle verkennen, welche diese Flotte in der Zukunft, ihrer Macht entsprechend, spielen könnte; das heißt, vergessen, daß Frankreichs Kriegsschiffe jahrhundertlang auf den lateinischen Meeren patrouillierten.

Indessen fühlt der Großteil des französischen Volkes instinktiv, daß

die Einigkeit des Westens Rußland gegenüber

unantastbar bleiben muß. Man bezweifelt auch nicht, daß schließlich die traditionelle französisch-britische Freundschaft die Befürchtungen besiege, die in gewissen englischen Kreisen der Europa-Gedanke und die Anwesenheit Frankreichs im Mittelmeer erwecken. Nichts würde mehr zur Zerstreuung solcher Befürchtungen beitragen als ein Hervorholen des bereits reichlich in Vergessenheit geratenen Vertrags von Dünkirchen vom Jahr 1947. Der Name des verstorbenen Bevin ist mit diesem Vertrag verknüpft, der dem guten Einvernehmen der beiden Völker für alle Zeiten eine feste Grundlage geben sollte. Die englische Politik bewegt sich aber auf eigenen Wegen vorwärts, die in den letzten Jahren ganz den Forderungen der sozialistischen Doktrin angepaßt sind. Diese Doktrin ist auch der Grund einer gewissen dauernden Sympathie für die konstruktiven Bemühungen Rußlands. Das bringt die Labourpartei sehr vielen französischen Sozialisten nahe. Wenn unser Land sich aber erst einmal der Wahlsphinx gestellt hat, ist ein nationalistischer, besonders von gaullistischen Kreisen ausgehender Vorstoß vorauszusehen, der sich unfehlbar auf die französische Außenpolitik auswirken muß. Dazu wird auch die Rede beitragen, die General de Gaulle am 1. Mai mit einer Heftigkeit gehalten hat, die eines altrömischen Konsuls würdig gewesen wäre. Sie wird um so mehr dazu beitragen, als sie dem Chauvinismus der Wähler des R.P.F. schmeichelt. Die Haltung der siegreichen Parteien gegenüber den sich aus dem Atlantikpakt ergebenden Verpflichtungen wird also nicht nur für Frankreich selbst von außergewöhnlicher Wichtigkeit sein, sondern wegen ihrer Folgen für ganz Westeuropa.

Was die diplomatischen Konferenzen der Westmächte und der Sowjetunion betrifft, so verdient eine

vertrauliche Äußerung Staatssekretär Achesons

festgehalten zu werden, die er unlängst einem sehr angesehenen Besucher gegenüber machte: «Wir werden uns so lange wie nötig zu diesem Spiel der Konferenzen hergeben, bis zu dem Tag, an dem wir den Augenblick für gekommen halten, damit Schluß zu machen. Dann werden wir die Frage der Satelliten aufwerfen und auf diese Weise die wirkliche Stärke des russischen Widerstandes kennen lernen. Sollten wir zum Kriege gezwungen sein, so werden wir ihn nicht gegen den Kommunismus führen, sondern — mit Unterstützung der sozialistischen Internationale der ganzen Welt — gegen die eiserne Diktatur der Sowjetunion». Das heißt also, daß die Amerikaner, die auf eine offensive Handhabung der Diplomatie gesetzt haben, keinerlei ernsthafte Verhandlungen anknüpfen werden, solange das militärische Kräfteverhältnis sich nicht zu ihren Gunsten gewendet hat.

Auf allen Seiten will man also Zeit gewinnen: die Amerikaner wollen es, um ihren guten Willen zu beweisen; die Russen, um weiterhin den kalten Krieg auszunützen; die Engländer als Anhänger des Status quo; die dem Sozialismus ergebenen Franzosen, weil sie an ein Wunder glauben möchten. Soll das nun so viel bedeuten, daß die Streitfragen schließlich auf dem Gebiet der Gewalttaten gelöst werden? Wir glauben das nicht.

Wenn wir versuchen, uns über den

Standpunkt der sich gegenüberstehenden Mächte

klar zu werden, können wir feststellen: Die Amerikaner können weder Frieden mit Deutschland schließen, noch ihre Truppen von dort zurückziehen, weil diese bereits einen Teil der europäischen Armee ausmachen; ebensowenig werden sie einwilligen,

den Nahen und den Fernen Osten aufzugeben, deren Erdölausbeute heute durch Rußland bedroht ist. Auf der anderen Seite werden sich die Russen sicherlich nicht zu einer Änderung ihrer Haltung gegenüber Deutschland bereit finden, denn sie glauben, nach gelungener Zentralisierung Deutschlands würden Frankreich und die anderen Nationen des westeuropäischen Kontinents ganz automatisch in die russische Bahn gezogen. Außerdem werden die Russen weiterhin auf diejenigen Länder des Ostens, die Petroleumlager besitzen, einen vermehrten Druck ausüben, denn bekanntlich ist die Brennstoffversorgung für Rußland eine Frage von allergrößter Bedeutung. Sie werden deshalb auch streng an den für sie günstigen Abmachungen von Potsdam festhalten. Es sind keinerlei Gründe vorhanden, sich einzubilden, Rußland würde auf sie verzichten. Die Lage ist sehr klar: im gleichen Augenblick, in dem Amerika eine ungeheure Anstrengung macht, um die gemeinsame westliche Front aufzubauen, wird Rußland versuchen, diese Politik mittels einer neuen ideologischen Offensive zu bekämpfen. Damit ist jetzt die Weltorganisation der

«Partisanen des Friedens»

betraut, die eine der allergefährlichsten Waffen der Sowjetunion darstellt. Die Brüsseler Abmachungen vom Dezember letzten Jahres, und ebenso die zwischen Auriol und Truman in den Vereinigten Staaten ausgetauschten herzlichen Reden, scheinen anzuzeigen, daß man einem tatsächlichen Zusammenarbeiten der Westmächte entgegengeht. Zweifellos wird das die Sowjetunion als Argument gegen diese Mächte benutzen. Jetzt, wo die festlichen Lichter in Washington erloschen sind, und man von Worten zu Taten übergehen muß, können wir darauf gefaßt sein, daß Rußland mit verdoppelter Kühnheit unter Anwendung der bei ihm üblichen Erpressungsmittel versuchen wird, den freien Teil der Welt zu spalten.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Rumänien

Als Auftakt meines Wiedersehens mit Bukarest ergab sich diesmal der fünf Stunden währende Vorbeimarsch zum 1. Mai, der im Zeichen der 30. Jahresfeier der kommunistischen Parteigründung in Rumänien mit einer halben Million Menschenmassen, zahllosen Spruchbändern, Führerbildern im Riesenformat, mit Traiasca-Rufen und durch die Anwesenheit ausländischer KP-Delegationen besonders eindrucksvoll war: Stachanowisten, Arbeiterbrigaden, Miliz, Bauern, Künstler, Frauen, Jugend, Vertreter der Nationalitäten (14 % der Bevölkerung), Sportler huldigten der volksdemokratischen Führung und den Ehrengästen auf der Haupttribüne des Stalin-Platzes. Dieses Aufgebot demonstrierte mit einer bewußt zur Schau getragenen Haltung das bisherige Ergebnis bolschewistischer Umerziehung in der R.V.R.

Zum siebenten Male konnten die Zuschauer bei dieser Maifeier auch augenfällig die

Kontinuität der Führerpersönlichkeiten

in der obersten kommunistischen Hierarchie der Rumänischen Volksrepublik bestaunen. Unerschüttert standen sie alle da: Generalsekretär der «Rumänischen Arbeiterpartei», 1. Vizeministerpräsident der Regierung, Gheorghe Gheorghiu-Dej, Dr. Ana Pauker, Außenminister, Vizeministerpräsident, Führerin der kommunistischen

Frauenbewegung; Teohari Georgescu, Innenminister; Vasile Luca, Finanzminister; ZK-Mitglied Kischinewski usw. Daneben bemerkte man den über achtzigjährigen Präsidenten der Großen Nationalversammlung, Prof. Dr. I. C. Parhon, den bürgerlichen Ministerpräsidenten e. h., Dr. Petru Groza. Die sehr dünne oberste Führungsschicht der KP bildet auch durch persönliche Bande eine geschlossene Einheit, in der jedes Glied unersetzlich ist. Den fehlenden Rückhalt in den Volksmassen — die Wiege der meisten dieser Genossen stand nicht in einem rumänischen Elternhaus — ersetzen sie durch fanatische Ergebenheit nach oben und rücksichtslose Linientreue nach unten. Die Verhältnisse verbieten hier praktisch jede Wachablösung der wenigen Spitzenfunktionäre.

Anders steht es um die unteren Grade der «Rumänischen Arbeiterpartei». Wohl zählte die KP Rumäniens 1939 nicht mehr als eintausend Mitglieder. Nach dem 23. August 1944 drängten sich jedoch so viele «Fripturisten» (Bratenriecher) und «klassenfremde Elemente» in die Partei, daß im Mai des Vorjahres, nach Ausmerzung von 20 % der Genossen, noch immer 720 000 Parteiangehörige übrigblieben. Strengere Auslese und 70 % Arbeiter und Bauern des Mitgliederstandes lautet jetzt die Parole. Die zu eilfertige Anpassung der kleinen Funktionäre wird vom Zentral-Komitee der Partei ebenso gerügt wie der nachlässige Dienstbetrieb in der Provinz. Freiwilligkeit, Feiertage, Feierabendgestaltung unterliegen einem niemals endenden Programm.

Der Bukarester Alltag

zeigt gewissermaßen den Gegenschlag zu der immer wieder hochgepeitschten Feststimmung, zu den Superlativen, die es schließlich in harter Kleinarbeit zu realisieren gilt. Die einstige Eleganz der Calea Victoriei, der umbenannten Boulevards und blühenden Parks mit flanierenden Groß- und Vorstädtern, mit schönen Frauen, ist einer sehr nüchternen, gelegentlich erschöpften Atmosphäre gewichen. Lebensmittelkarten, deren Fleischrationen vier, fünf Wochen nicht aufgerufen wurden; kaum erhältliche schlechte Einheitsware an Textilien, fehlende technische Gebrauchsartikel (eine Nähnadel kostet z. B. Lei 10, eine Nähmaschinennadel Lei 70). Südfrüchte, Schokolade, Kaffee sind vom Markt verschwunden; sogar Lippenstift und Wangenrot gelten als Mangelware — alles im Zeichen der totalen Mobilisierung eines Staates. Überraschenderweise sieht man noch hier und da neueste, supermoderne amerikanische Autotypen, die Funktionären der Partei und Regierung gehören und durch den Ost-West-Schleich in die Rumänische Volksrepublik gelangten. Wann kommt der Krieg? ist der Tenor vieler Gespräche. Oft will den ausländischen Besucher bedünken, daß gerade westliche Rundfunkstationen die eventuelle künftige Entwicklung im Zeitraffertempo kommentieren und den rumänischen Hörern eine irrealen Betrachtung der Ereignisse aufdrängen.

Andere Beurteiler halten sich an die

Vorbereitungen für einen Konfliktsfall,

wie sie allerorten sichtbar werden. Militärische Tatsachen der jüngsten drei Monate sind dabei folgende: die bekanntesten und größten Garnisonen, darunter besonders Bukarest, Plojeshti, Reni, Buzau, Galatz, Fokschani, Roman sind merkwürdigerweise von den zahlreichen aktiven und Reserveeinheiten der rumänischen Armee ebenso entblößt, wie sie von Sowjettruppen überbelegt wurden; man hat sie z. T. aus Bessarabien, teilweise auf dem Wasserwege, in die neuen Standorte gebracht. Im rumänischen Banat fallen die sowjetischen Truppen in ihrer Überzahl noch mehr auf; allerdings ist der Grenzgürtel bis auf 50 km ins Landesinnere unbesetzt. In Temeswar aber liegen z. B. sowjetische Panzerereinheiten, in Orawitza stellte man motorisierte Infanterie der Rotarmisten fest. Der internationale Charakter dieses

Aufmarschgebietes gegen Tito wird u. a. durch die Anwesenheit balkanischer Truppen betont, die sich aus ehemaligen Kämpfern der Markos-Armee und aus kominformistischen Serben rekrutieren. Diese Soldaten tragen keine Uniformen, sondern Trainingsanzüge. Die Militäruniformen der Balkanier liegen jedoch in Hermannstadt (Südsiebenbürgen) auf Abruf bereit. V-2-Abschußbasen sollen übrigens auf einem Plateau der Südkarpaten durch sowjetische Pioniere gebaut worden sein. In der Provinz, besonders aber in Bukarest selbst, fällt sogar den harmlosen Spaziergängern auf, daß sich die Zahl der Sicherheitstruppen des Innenministeriums gegenüber den regulären Einheiten ständig vermehrt; es handelt sich um Kampfverbände eines «politischen Soldatentums». Umfassende Vorbereitungen des zivilen Luftschutzes sind ebenfalls an der Tagesordnung. Kürzlich erst stellte man fest, daß folgende Ortschaften der näheren und entfernteren Umgebung unserer Hauptstadt mit sowjetischen und rumänischen Luftabweereinheiten neu besetzt wurden: Mogoschoaia, Sabareni, Saftica, Breaza, Albeshti usw. Eisenbahnstrecken werden an den wichtigsten Punkten von rumänischem Militär scharf bewacht.

Durch Zufall habe ich übrigens nach meiner Rückkehr auch folgenden Kreuzungsversuch militärisch-polizeilich-politischer Aktivität zur Kenntnis genommen: Sonderbeauftragte größerer Häuser und Wohnblocks wurden zu einer Garde «Paza Revolutionara» zusammengefaßt. Diese «Revolutionäre Macht» ist innert der vergangenen Monate auf ca. 60 000 Mann angewachsen und wurde mit der Überwachung und, notfalls, der Unschädlichmachung der meist intellektuellen Klassenfeinde betraut.

Begreiflicherweise wirkt sich die Anwesenheit einer großen Anzahl Besatzungstruppen, der Einkauf und die Bereitstellung bedeutender Versorgungsgüter, Lebensmittel u. dgl. innerhalb der Bevölkerung nicht bloß stimmungsmäßig aus.

Das Regime bringt dem großen Verbündeten fühlbare Opfer.

Hiesige Fachleute schätzen, daß z. B. 80 % der Textilwarenerzeugung in die Sowjetunion geliefert werden. Die erste vierteljährliche Verlautbarung zu dem erst 1951 angelaufenen Fünfjahrplan kritisiert die mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln. Das Manko ist nicht produktionsbedingt.

Die Schwerindustrie liegt zum größeren Teil in den Händen von sowjetisch kontrollierten «Sovrom»-Gesellschaften, z. B. das größte Industriekombinat Reschitza im Banat, «Sovrom»-Tractor in Stalinstadt (früher Kronstadt). Man mag Rohstofflücken, fehlende Maschinen und Ersatzteile, Facharbeitermangel, ein ausbaubedürftiges Verkehrsnetz als Hemmnisse für den Ausbau anführen — das Elektrifizierungsprogramm ist immerhin beachtlich und hat die ersten Erfolge gebracht. Baia im Nordwesten der R.V.R. läßt eine Montanindustrie entstehen, in der Moldau bohrt man eifrig nach neuen Erdölquellen. Wohl erbrachte gerade die Petroleumförderung des Prahovatales und bei Plojeshti nach zweijährzehntelangem Raubbau noch nicht einmal 5 Millionen t Gesamtproduktion jährlich und liegt unter dem besseren Durchschnitt des Vorkriegs (7—8 Millionen t). Die Planziffer von 10 Millionen t erscheint nach dem bisherigen Ergebnis auch für 1955 als zu hoch gegriffen. Der industrielle Sektor Rumäniens hat auch sonstige Schlüsselpositionen — Bergbaubetriebe, Donauschiffahrt, Luftverkehr — als «deutsches Eigentum» der sowjetisch-rumänischen Zusammenarbeit überantwortet.

Seit Jahresfrist werden die kleinhandwerklichen und gewerblichen Genossenschaften in Stadt und Land forciert. Ihr wesentliches Merkmal ist die Ausschaltung des Handwerksbetriebes als selbständiger Wirtschaftszelle. Dies z. T. zwangsweise und unter Abgabe der Werkzeuge und Maschinen erfolgte Sozialisierung hat böses Blut gemacht. So kenne ich einen 70jährigen Architekten, der nach Beitritt zu einem Kollektiv aus Klausenburg in die Oltenia (Südrumänien) zu einem Bauprojekt versetzt wurde.

Kollektivierung um jeden Preis!

lautet auch die neueste Parole in der Landwirtschaft: angesichts der rund 13 Millionen Bauern Rumäniens ein entscheidender Programmpunkt, bei dem das Regime als Zugeständnis die Forderung der «ideologisch reinen» Kollektivform streichen mußte. Ich sprach mit einem Bauern der Muntenia, einem aufgeweckten Menschen. Er sagte: «Die Bewirtschaftungsform, die Maschinen- und Traktorenstationen (deren es erst 138 gibt) — darüber läßt sich reden. Aber, daß wir Tagelöhner werden, daß man uns die Ernte von der Dreschmaschine wegholt, nein!» Er beklagte sich über die niedrigen Preise, die der Staat für landwirtschaftliche Produkte zahlt, und die horrenden Summen, die er selbst, z. T. im freien Handel, für die gleichen Waren verlangt. So erhält der Bauer für ein Ei 0.80 Lei — der Staat verlangt Lei 8.— dafür; Heu verkauft der Bauer mit Lei 1.80 und bezahlt im Bedarfsfall Lei 22.— an den Staat. Der an die Bauern bezahlte Weizenpreis beträgt Lei 4.30. Auf Karten kostet Schwarzbrot in Rumänien Lei 14.—; weißes Brot ist markenfrei und kostet Lei 104.—. Die Zahl der bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften, innerhalb deren der Privatbesitz der Bauern unangetastet bleibt, wurde letzthin fast auf 4000 erhöht. Nach sowjetischem Vorbild soll durch Vergrößerung der Kollektivfarmen ein Teil der Landarbeiter für die Industrieerzeugung frei werden. Die Bauernschaft hat bisher den Verstaatlichungsmaßnahmen zähen Widerstand entgegengesetzt. Jetzt scheint jedoch eine Phase der Entwicklung erreicht, in der die R.V.R. die direkte Kontrolle über die Landwirtschaft binnen kürzester Zeit gewinnen möchte.

Ein Blick auf das Kulturleben

zeigt, daß wohl etwas zu viel mit Prozentsätzen und Zahlen des «großen Vorbildes» hantiert wird. In den Büchereien sind belletristische Werke ständig im Umlauf, während die «Ideologie» von den Arbeitern und Angestellten mehr anstandshalber ausgeliehen oder gekauft wird. Trotzdem sei festgestellt, daß auch das Massenzeitalter der Kultur im volksdemokratischen Rumänien den Ausbau des volkstümlichen Theaterwesens brachte, daß Chöre, Theatervereinigungen, Sportklubs auf den Dörfern eifrig agieren. Mihail Sadoveanu, Cezar Petrescu und andere Dichter wagten den Sprung auf die «neue Plattform». Der jüngste Roman des Vizepräsidenten der Nationalversammlung, Sadoveanu, «Mitrea Cocor», wurde z. B. übersetzt und in fünfhunderttausend Exemplaren in der UdSSR vertrieben. Dieser staatsoffiziellen Förderung steht allerdings die unnachsichtliche Verfolgung mißliebiger Intellektueller entgegen, die unter dem Begriff «Zwangsarbeit am Donau-Schwarzmerkanal» (kurz «Kanal» genannt) eine Inkarnation der Hölle auf Erden verstehen.

Das religiöse Leben hat an Tiefe und Wachstum gewonnen, wobei die Entwicklung der einzelnen Kulte verschieden ist. Allgemein sind die Konfessionen gegenwärtig zu einem erträglichen modus vivendi mit der volksdemokratischen Staatsführung gelangt, — mit Ausnahme der römisch-katholischen Kirche. Für sie besteht in Rumänien ein besonderer Zustand, weil vor genau 250 Jahren das orthodoxe Rumänentum Siebenbürgens sich teilweise der Romkirche anschloß. Der dem Regime günstig gesonnene orthodoxe Patriarch in Bukarest, Marina Justinian, behauptet nun, infolge einer Abstimmung der «unierten» Priester stehe diese unierte-katholische Kirche seit zwei Jahren unter seiner geistlichen Oberhoheit. Rom verzichtet nicht auf seine Gläubigen und so entspann sich ein Kampf, der innerhalb der verfolgten Kirche oft zu Erscheinungen urchristlichen Katakombendaseins führt.

So ergibt sich für den hiesigen Beobachter im Querschnitt der Eindruck weitestgehender Militarisierung, verstärkter Rüstung, eines verschärften politischen Kurses, der die totale Kontrolle des Staates über die Wirtschaftssparten gewinnen möchte. Freilich bemerkt man auch z. B. neben 1 002 Musterkolchosen oder der führenden Rolle der Rumänischen Volksrepublik innerhalb des Kominform, bei

aller blitzschnellen Adaption, daß Mitte März im rumänischen Banat eine umfangreiche Meuterei rumänischer Truppen blutig erstickt werden mußte, daß bis in die höheren Ränge der Partei verkappte «Kosmopoliten» sitzen, daß ein Partisanentum unausrottbar die Sicherheit des rumänischen Arsenal für die Sowjets gefährdet u. dgl. Darüber hinaus erlebt man nebst bewaffneter und unbewaffneter Résistance eine unfreiwillige «Gegenbewegung», die dem Übereifer der großen und kleinen Funktionäre des KP-Regimes entspringt. So begegne ich auf meinem Nachhauseweg immer wieder einem Zeitungsverkäufer des Zentralorganes «Scanteia». Er figuriert als Choque-Arbeiter. Seine Art jedoch, jeden «Genossen» am Ärmel zu nehmen, ihn notfalls zu beschimpfen, ja zu bedrohen, um ihm zuletzt doch unweigerlich ein Zeitungsexemplar aufzudrängen, bringt meiner bescheidenen Schätzung nach täglich ein Viertelhundert Menschen in einen Zustand, daß sie später beim bloßen Anblick eines Zeitungsstandes oder auch nur der «Scanteia» das Regime verfluchen.

Militärische Umschau

Neueste Lehren des koreanischen Krieges

Direkte von *bestorientierter amerikanischer Seite* erhaltene Berichte lauten wie folgt:

Die militärischen Fachleute übersehen nicht die Bedeutung des koreanischen Kriegsschauplatzes, um neue Waffen im Kampf ausprobieren und prüfen zu können. Sie erinnern sich noch sehr wohl, wie besonders die Deutschen den spanischen Bürgerkrieg dazu benützten, ihre neuen Waffen auf dem Schlachtfeld zu erproben. Diese neuen Waffen — vor allem das deutsche 88 mm-Geschütz — waren später im zweiten Weltkrieg von großer Bedeutung. Man weiß, daß die Vereinigten Staaten in Korea bereits verschiedene neue Waffen eingesetzt und geprüft haben. Viele sind allerdings nicht in großen Mengen zur Verwendung gelangt, weil die Lage keinen Masseneinsatz erforderte. Einige dieser seit 1945 immer weiter verbesserten Waffen sind allerdings ununterbrochen und mit gutem Erfolg verwendet worden. Hier müssen vor allem die rückstoßfreie 89 mm Bazooka, die Düsenjäger, Typen F-84 und F-86, und der General-Patton-Tank genannt werden.

Verschiedene Faktoren tragen dazu bei, den koreanischen Kriegsschauplatz nicht unbegrenzt als Prüffeld verwenden zu können. Einmal ist das Gelände so beschaffen, daß nicht alle Waffentypen zum wirkungsvollen Einsatz gelangen können. Sodann ist die Kriegführung in Korea schon deshalb ganz eigenartig und einmalig, weil sie sich auf zwei Ausgangsbasen stützt, die wenigstens bis heute noch nicht in den Krieg verwickelt worden sind: Japan und die Mandschurei. Und schließlich gebietet die Vorsicht, neue Waffen nur soweit auszuprobieren, als sich dies lohnt, denn der Feind, oder ein möglicher Gegner kann unter Umständen bei diesen Prüfungen fast ebensoviel lernen, wie der Prüfende selbst. Diese Feststellung gilt nicht nur für die Waffen, sondern auch für deren taktische Verwendung.

Ein gutes Beispiel hierfür ist der Düsenbomber Typ Boeing B 47. Ohne Zweifel wäre dieser Bomber eine ausgezeichnete Waffe im Kampfe gegen die Yalu-Brücken. Die MIG-15-Formationen könnten ihm sicher viel weniger anhaben, als den jetzt gewöhnlich zum Einsatz gelangenden B-29-Bombern. Würde man aber die erstgenannten Bomber jetzt verwenden, so würde man damit viele ihrer Kampfeigenschaften preisgeben. Auch würde der Gegner die Lufttaktik kennenlernen, die die amerikanische Air Force beim Einsatz dieser Bomber einzuschlagen gedenkt.

Trotz diesen Einschränkungen hat der koreanische Krieg die U.S.A. um viele Erfahrungen reicher gemacht und sie vor interessante Probleme gestellt. Zum Beispiel gibt die Frage der Handfeuerwaffen in amerikanischen Militärkreisen Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen. Das halbautomatische M-1-Garand-Gewehr ist heute noch ein Grundbestandteil der Ausrüstung des Infanteristen. Es ist ein ausgezeichnetes Gewehr. Dennoch fragen sich viele Fachleute, ob eine vollautomatische Waffe, wie sie der Feind in Korea so großzügig verwendet, nicht ihre Vorteile haben würde. Es geht dabei um die Frage der Genauigkeit beim Schießen. Wenn der Gegner bis auf 50 oder 70 Meter herankommt, ist die vollautomatische Waffe mit ihrem quantitativ größeren Bleihagel natürlich wirksamer. Für größere Distanzen dagegen erweist sich das jetzt verwendete Gewehr als überlegen. Im Kampfe gegen einen Gegner, dem das Menschenleben nicht viel gilt und der große Truppenmassen verschwenden kann, einem Feind also, wie er den Truppen der Vereinten Nationen gegenübersteht, hat eine Waffe, die in kurzer Zeit möglichst viel Blei in die feindlichen Linien schleudert, offensichtliche Vorteile. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, zu erfahren, daß die britische Armee jetzt zum vollautomatischen Gewehr übergeht. Obwohl in der amerikanischen Armee ein neues, leichtes Gewehr entwickelt worden ist, denkt man gegenwärtig nicht daran, vom Garand M-1-Typ abzugehen.

Der Krieg in Korea hat die Notwendigkeit erwiesen, die taktischen Möglichkeiten der Luftwaffe bei Nacht weiter auszubauen. Die alliierte Luftwaffe hat zwar tagsüber den feindlichen Truppen, ihren Nachschublinien und Fahrzeugen gewaltigen Schaden zugefügt, aber die Kommunisten scheinen nachts mit beträchtlichem Erfolg Verschiebungen vornehmen zu können. Einzelne Angriffe bei Scheinwerferlicht und mit Hilfe von Radarapparaten haben zwar Erfolg gehabt, aber das Problem muß noch weiter verfolgt werden. Auch die Taktik der Luftwaffe, im besonderen das enge Zusammenarbeiten zur Unterstützung der Erdtruppen, muß noch verbessert werden. Wie die Erfahrung zeigt, müssen zwei Forderungen in allererster Linie erfüllt werden: Verbesserung der Verbindungen zwischen Luft und Erde und intensivere Ausbildung der Luft- und Erdeinheiten im Zusammenspiel, um eine besonders enge Partnerschaft in der Zusammenarbeit zu erzielen.

Einzelne Tatsachen, deren Wert die Erfahrungen in Korea wieder bestätigt haben, verdienen es, erwähnt zu werden: die Verwendung von Napalm-Bomben (Bomben mit hochkomprimiertem Benzin als Brennstoff) gegen Gebäude und Bedienungsmannschaften hat sich in Korea als äußerst wirksam erwiesen. Diese Waffe wurde zwar schon im zweiten Weltkrieg eingesetzt; in Korea aber hat man neue und bis jetzt geheime Mittel ausprobiert, um diese fürchterliche Todeswaffe möglichst wirkungsvoll zu verwenden.

Die amerikanische Armee hat der Artillerie immer große Bedeutung beigemessen. Der Krieg in Korea hat die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt. Es ist weitgehend ein Verdienst der amerikanischen Artillerie, General Van Fleet in letzter Zeit ermöglicht zu haben, die gewaltige Offensive des Feindes zum Stehen zu bringen. Der Krieg in Korea hat gezeigt, was die neuen, rückstoßfreien Waffen, besonders die hochbewegliche 75 mm rückstoßfreie Kanone, zu leisten vermögen, und man glaubt, daß die Zahl dieser Waffen pro Division mit Vorteil vermehrt werden sollte. Die schweren Mörser haben sich in den Gebirgsgegenden Koreas als besonders wirksam erwiesen; auch die Raketenabschußgeräte leisten ausgezeichnete Dienste. Kurz, die Erfahrungen des koreanischen Krieges bestätigen in jeder Hinsicht die überlieferte Auffassung der großen Wichtigkeit einer guten Artillerie.

Die Rolle der Flotte verdient ebenfalls mit ein paar Worten erwähnt zu werden. Ein Krieg auf einer Halbinsel wie Korea bietet der Marine große Aktionsmöglichkeiten, und die amerikanische Siebente Flotte, unterstützt von anderen Überwasser-einheiten der Vereinten Nationen, hat diese Tatsache ausgenützt. Von Flugzeugträgern aus operierende Maschinen haben bei den Luftkämpfen eine sehr wichtige

Rolle gespielt und bei der wirksamen Unterstützung der Erdtruppen kräftig mitgeholfen. Ferner haben schwere und leichte Flotteneinheiten durch das unausgesetzte Bombardieren der Küstennachschublinien und der wichtigen Nachschubhäfen gute Arbeit geleistet. Die Bombardierung von Wonsan ist zeitlich die längste Bombardierung, die die Marinegeschichte kennt.

In Korea ist die Verwendung von Landminen beschränkt. Erst in letzter Zeit hat der Gegner angefangen, sich ihrer wieder zu bedienen; während langer Zeit spielte sie keine erhebliche Rolle. Die alliierten Streitkräfte haben sie nur selten verwendet. Zum Teil erklärt sich dies mit der zahlenmäßigen Schwäche der Truppen der Vereinten Nationen, die dem Schutz der Minenfelder im Wege stand. Gewisse Berichte von der Front deuten auch an, daß die Qualität dieser Minen zu wünschen übrig läßt.

Auch die amerikanischen Tanks können noch in mancher Hinsicht verbessert werden. Der General-Patton-Tank, eigentlich nur eine verbesserte Ausgabe des General-Pershing-Tanks, der im letzten Krieg Verwendung fand, hat sich als sehr wirkungsvolle Waffe erwiesen. Tatsächlich ist er dem russischen T-34 mehr als ebenbürtig. Trotzdem sind als Ergebnis der Erfahrungen des koreanischen Krieges gewisse Abänderungen geplant, die eine weitere Verbesserung bedeuten. Inzwischen sind in den Vereinigten Staaten drei Monate vor dem vorgesehenen Termin die ersten Produktionsmodelle eines neuen, leichten Tanks — des Walker «Bulldog» — aus der Fabrik gerollt.

Zusammenfassend kann man sagen, daß es in Korea nicht an Gelegenheiten fehlte, neue Erfahrungen zu sammeln und die amerikanischen Streitkräfte viel dazu beigetragen haben, die Verbesserungspläne umzugestalten, die von den Spezialisten, der kriegstechnischen Abteilungen in Washington ausgearbeitet worden waren. In bezug auf drei Punkte sind sich die militärischen Führer einig und lassen an ihrer Auffassung nicht rütteln:

Die Erfahrungen des koreanischen Krieges haben zwar in mancher Hinsicht zu neuen Erkenntnissen geführt, sind aber anderseits seltsam beschränkt, und es wäre deshalb ein verhängnisvoller Irrtum, wollte man die allgemeine Bereitschaft auf Grund der in diesem Kriege gemachten Erfahrungen aufbauen.

Im großen und ganzen gesehen haben sich die bis jetzt zur Anwendung gelangte Taktik, Ausrüstung und Ausbildungsmethoden bewährt und gute Ergebnisse gezeitigt. Die möglichen Verbesserungen sind nicht von grundlegender Bedeutung.

Man darf nicht vergessen, daß einige der gefährlichsten Waffen der Nachkriegszeit, einschließlich der Atomwaffen, in Korea nicht eingesetzt worden sind und vielleicht nie verwendet werden. Diese Tatsache allein schon verbietet es, den Krieg in Korea als eine Art Spiegelbild jener kriegerischen Ereignisse zu betrachten, die vielleicht in der Zukunft eintreten könnten.

Miles